

Wahlzeitung

Zeitung der Bezirgruppe Pankow der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit zur Bundestagswahl 2005

Blühende Landschaften – Wo sind sie geblieben?

15 Jahre Wiedervereinigung: Das Ergebnis sind die weitgehende Vernichtung von Arbeitsplätzen – vor allem in der Industrie – und Massenarbeitslosigkeit in vorher nicht geahntem Ausmaße. Diese Erfolge können sich die CDU/FDP mit acht Jahren und SPD/Grüne mit sieben Jahren Regierungszeit gleichberechtigt teilen.

Die Wahrheit ist immer konkret. Bundesweit suchen über 7 Millionen Menschen einen Job. Neben den Beziehern von Arbeitslosengeld (I und II) sind dies Menschen in den unterschiedlichen Warteschleifen. In Berlin gab es Ende Mai rund 324.000 Arbeitslose (19,2 Prozent). Auch in Pankow wächst die Arbeitslosigkeit in Riesenschritten. Zur Zeit sind rund 33.000 Menschen im Bezirk arbeitslos gemeldet (17,6 Prozent). Dies sind über acht Prozent mehr als im Vorjahr.

Klar ist: Die Arbeitslosigkeit ist kein »Vermittlungsproblem«. Bundesweit kommen auf eine freie Stelle rund 20 Arbeitsuchende. In Pankow sind aktuell 2.300 Arbeitsplätze bei der Arbeitsagentur gemeldet. Statt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, werden mit Hartz IV die Arbeitslosen aufs Korn genommen.

Armut auch in Berlin

Das Regierungsprogramm von SPD und Grünen – die Agenda 2010 – hat das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich in Deutschland beschleunigt. Im Armutsbericht des Berliner Senats von 2002 wird festgestellt, dass in Berlin 12,8 Prozent der Bevölkerung in Armut leben – dies sind 435.000 Menschen! Arm ist demnach, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommen zur Verfügung hat (in Berlin bei rund 1.070 Euro*). Von dieser Entwicklung ist auch unser Bezirk betroffen. Im alten Bezirk Pankow waren es schon von fünf Jahren 8,7 Prozent, in Weißensee 10,1 Prozent und in Prenzlauer Berg 11,4 Prozent

*Armut ist relativ. Deshalb werden Erwachsene und bspw. Kinder unterschiedlich gewichtet. Dies ist eine große Durchschnittszahl.

der Menschen, die unter der (relativen) Armutsgrenze lebten.

Unternehmer fordern Nachschlag

Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze sind nur der Vorgeschmack auf Künftiges. Ob die nächste Bundesregierung Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder eine Großen Koalition sein wir, das Regierungsprogramm steht schon fest: Die Mehrwertsteuer wird erhöht, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben und die Rente gesenkt, das BAföG wird abgeschafft,



Studiengebühren eingeführt, der Kündigungsschutz wird gelockert, die Tarifverträge werden angegriffen und weiter durchlöchert, die Krankenversicherung wird teuer (für uns) und die Leistungen geringer. Formuliert wird dieses Programm von den Unternehmerverbänden. Nachzulesen ist es auf den Internetseiten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und ihrer Agitprop-Gruppe, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Dagegen setzen wir Widerstand im Parlament und auf der Straße! Für eine starke linke Opposition im Bundestag!

**Linkspartei.PDS wählen –
bei der WASG mitmachen!**

Pankow
Weißensee
Prenzlauer Berg

WASG

Die WASG in Pankow

Unsere Bezirksgruppe Pankow trifft sich seit dem Sommer 2004. Wir haben uns gegründet, um gegen die unsoziale Politik der etablierten Parteien zu kämpfen.

Wir wollen die Bedürfnisse der Menschen nach Arbeit und sozialer Absicherung in den Vordergrund unseres Handelns stellen, nicht die Forderungen der Wirtschaft. Viele von uns sind selbst von Hartz IV betroffen oder arbeiten in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Deshalb wollen wir im Bezirk Pankow

- mit den Menschen über ihre Zukunftsängste und Sorgen sprechen
- klarmachen, dass es zur Politik der etablierten Parteien, die dem Kapital nützt und der Mehrheit der Menschen schadet, eine klare Alternative gibt
- mit dafür sorgen, dass im zukünftigen Bundestag eine parlamentarische Kraft sitzt, die diese Proteste der Menschen zum Ausdruck bringt
- dass wir nicht nur auf die Bundestagswahl fixiert sind, sondern uns auch als Motor der außerparlamentarischen Protestbewegung sehen
- uns vor allem um die Belange der sozial Schwachen und Benachteiligten kümmern
- die Menschen dafür gewinnen, mit uns für eine bessere Zukunft einzutreten und zu kämpfen - auf der Straße und auf unseren Treffen und Veranstaltungen

In unserer Bezirksgruppe sind ca. 60 Parteimitglieder und 30 Interessierte aller Altersgruppen aktiv. Unsere Treffen finden regelmässig am 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in der Brotfabrik (Hinterraum), Prenzlauer Promenade 3/Caligariplatz, statt.

Wenn Du auch der Meinung bist, dass wir endlich eine andere Politik brauchen, und etwas dafür tun willst, dann komm bei uns vorbei und werde aktiv.

Industriearbeitsplätze in Pankow – Alternativen zum Niedergang?

»Das Verschwinden von mehr als drei Viertel aller Industriebeschäftigten in Berlin seit 1990 ist weder 'normal' noch 'unvermeidlich'. Berlin hat sich in den letzten Jahren gegen den Zusammenbruch der Industrie nicht gewehrt – mit Ausnahme der betroffenen Belegschaften. Im Ergebnis hat Berlin heute pro 1.000 Einwohner nur etwa 30 Beschäftigte im verarbeitenden



Gewerbe. Das ist weniger als halb so viel wie in Hamburg und ein Viertel der Industriedichte von Baden-Württemberg.«

Diese Aussagen im Industriememorandum des DGB Berlin gelten auch für Pankow. 620 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes meldet die Industrie- und Handelskammer noch für den Bezirk. Nur ein Bruchteil davon hat über 100 Beschäftigte.

Wirtschaft und Arbeitsplätze in Pankow – das sind nicht nur die vielen kleinen Gewerbebetriebe im Bereich »kreative Produkte«, Tourismus und Design im Prenzlauer Berg oder das Klinikum Buch. Das sind auch ein paar – leider viel zu wenige – moderne Industriebetriebe. Die wichtigsten davon finden sich im »Pankow-Park« – Firmen wie Stadler, ABB, Alstom Power, EZB.

»Eine moderne, wachsende Industrie ist grundlegend für Wohlstand und

Wachstum, für Arbeitsplätze, Konsum, öffentliche Finanzen, für Dienstleistungen und für die soziale Sicherheit«, heißt es in dem schon erwähnten Industriememorandum. »Wenn die Politik ihrer Aufgabe nachkommen will, das Leben für die Menschen in Berlin lebenswerter zu machen, dann gehört ein Politikwechsel im Umgang mit Industrie und industrieller Beschäftigung dazu.«

Im Juni schrieben die Betriebsräte dieser Betriebe und die IG Metall an die Pankower Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS). Gemeinsam mit der »Lokalen Agenda Pankow« wünschen sie einen neuen Anlauf zur Entwicklung des Pankow-Parks, um so industrielle Jobs zu sichern und vielleicht sogar neue zu schaffen. Die bisherige Resonanz ist positiv.

Rüdiger Lötzer ♦
(IG Metall Verwaltungsstelle Berlin)

Alstom Power – einer der letzten Industriebetriebe in Pankow

Interview mit Helmut Beyer, Betriebsratsvorsitzender von Alstom Power in Pankow

Der Alstom-Konzern baut massiv Arbeitsplätze ab. Wie sieht die Lage bei euch aus?

H. Beyer: Bei Alstom Power in Pankow gibt es zur Zeit noch etwa 250 Beschäftigte. Im Vergleich zur Beschäftigtenzahl zu DDR-Zeiten ist das nur noch ein Bruchteil – bei Bergmann-Borsig waren damals 4.000 Menschen beschäftigt. Vor 1998 waren es noch 750.

Unsere Auftragslage ist im Moment gut. Es gibt sogar Neueinstellungen von speziellen Fachkräften und Technikern. Das liegt daran, dass wir uns auf Service spezialisiert haben, also Wartung und Reparatur von Kraftwerksanlagen.

Seit 2002 haben wir einen Vertrag zur Arbeitsplatzsicherung bis 2007, durch den die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 35 Stunden verkürzt wurde. Tariflich gelten in der ostdeutschen Metallindustrie 38 Stunden. Außerdem sind die Arbeitszeiten flexibel, das ist im Servicegeschäft nötig.

Das ist alles im Rahmen des Tarifvertrages mit der IG Metall vereinbart worden. Es ist großer Unsinn, dass die Tarifverträge nicht flexibel genug seien und deshalb weiter aufgeweicht werden müssen, wie es CDU und FDP fordern.

Aber in Mannheim ist ein ganzer Betrieb von Schließung bedroht ...

H. Beyer: ... der Betrieb in Mannheim ist im Kraftwerksbau tätig. Die Auslastung und Rendite reichen dem Konzern nicht aus. Hier besteht das Problem, dass es eine große Investitionszurückhaltung gibt, weil die weitere Entwicklung unklar ist. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten müssen in großem Umfang neue Kraftwerke gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Das werden moderne Anlagen sein, mit Wärme-Kraft-Kopplung und wesentlich höheren Wirkungsgraden als die alten Kraftwerke, die vom Netz gehen. Jetzt kündigt Merkel an, die Atomkraftwerke länger am Netz zu lassen als bisher im Atomausstieg vereinbart. Dann werden weniger neue

Kraftwerke gebraucht. Die Energiekonzerne sparen das Geld und können mit ihren alten Kraftwerken noch mal richtig verdienen. Aber bei Alstom, Siemens und anderen kostet das viele tausend Arbeitsplätze.

Was erwartet Ihr von der Politik, im Bund und in Berlin?

H. Beyer: Zum einen darf der Atomausstieg nicht hinausgezögert werden, damit endlich die Investitionen in neuen Kraftwerken kommen. Zum anderen muss die Politik in Berlin sich stärker um Industriepolitik kümmern. Der Traum von der blühenden Dienstleistungsmetropole Berlin ist geplatzt. Ohne industrielle Basis gibt es auch keine florierenden Dienstleistungen. Wir brauchen Investitionen in gute Infrastruktur und Qualifizierung und verstärkte Bemühungen um Industrieansiedlung, auch kleinerer und mittelständischer Unternehmen. Die Wirtschaftspolitik muss sich um die Stärkung der Nachfrage bemühen, damit die Wirtschaft insgesamt wieder in Schwung kommt.

WASG und Linkspartei.PDS

Die Ankündigung Oskar Lafontaines, bei den Neuwahlen im September für ein Bündnis aus PDS und WASG zu kandidieren, setzte eine zuvor nicht geglaubte Dynamik in Gang. Es ist möglich, den Einheitsparteien im Deutschen Bundestag eine linke Opposition entgegenzusetzen. Eine Opposition gegen Hartz IV, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Sozialabbau.

Deshalb haben wir auf beschlossen, mit der PDS zusammen zu arbeiten und nicht selbständig zur Wahl anzutreten. Mitglieder unserer Partei kandidieren bundesweit auf den Offenen Listen der Linkspartei.PDS. In den Umfragen liegt die Linkspartei.PDS seitdem bundesweit bei über 10 Prozent. WASG und PDS alleine hätten dies nicht geschafft.

Über die Bundestagswahl hinaus haben wir beschlossen, eine starke politische Kraft mit einer neuen politischen Kultur zu schaffen, in der sowohl die beiden Parteien aufgehoben sein können, die aber auch offen für andere Kräfte und Strömungen ist. In Berlin kritisieren wir nach wie vor die Senatspolitik der PDS. Wir halten an unseren Positionen fest

- ◆ Keine Verlängerung der Arbeitszeit – auch nicht im öffentlichen Dienst in Berlin
- ◆ Erhalt der Flächentarifverträge – Rückkehr des Berliner Senats in den Kommunalen Arbeitgeberverband
- ◆ Kampf gegen Hartz I bis IV – gegen die Umsetzung der "Agenda 2010"-Politik auf Landesebene
- ◆ Keine Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen – auch nicht in Berlin

Diese Positionen werden wir auch bei den Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr vertreten.

Wir unterstützen aber ein Bündnis der Linken und machen dafür Wahlkampf. Die Chancen einer linken Opposition im Bundestag dürfen wir nicht vertun!

Deshalb am 18. September:

Linkspartei.PDS wählen!

Bei der WASG mitmachen!

Was will die WASG?

Eine andere Politik ist nötig und möglich!

Die Politikerinnen und Politiker haben sich zu Helfershelfern der Mächtigen in der Wirtschaft gemacht. Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit hat sich gebildet, um eine Alternative aufzubauen. Wir wehren uns gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Umverteilung von unten nach oben. Gegen die Spaltung von



Beschäftigten und Erwerbslosen, Deutschen und Eingewanderten. Gegen ein Europa der Konzerne und Militäreinsätze in aller Welt.

Wir wollen durch öffentliche Zukunftsinvestitionen neue Arbeitsplätze schaffen. Für bessere Schulen und Kinderbetreuung, Pflege von Kranken und Alten, für Hochschulen und Forschung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Mit einer Vermögensteuer und höheren Steuern für Reiche und profitable Unternehmen können wir das finanzieren. Privatisierung lehnen wir ab.

Wir wollen kürzere Arbeitszeiten ohne Lohnverlust für die Beschäftigten statt Überarbeitung für die einen und Erwerbslosigkeit für die anderen. Statt der Profite der Konzerne müssen die Löhne wieder steigen. Wenn die Kaufkraft wächst, werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wir bekämpfen Armut und Ausgrenzung. Die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze müssen zurück genommen werden. Die Renten müssen wieder wie die Löhne steigen. Wir wollen eine bedarfsgerechte Grundsicherung für alle. Der Sozialstaat kann auch in Zukunft bezahlt werden, wenn alle einzahlen und sich die Reichen nicht mehr entziehen können.

Wir fordern Bildung, Ausbildung und Kultur für alle. Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Keine Studiengebühren. Wir wollen gleiche Chancen und Rechte für alle und mehr Demokratie in allen Bereichen. Wir setzen uns für eine gerechte Weltwirtschaft ein, für ein soziales und demokratisches Europa, für Frieden und Abrüstung. Wir streiten gegen Nazis und lehnen jede Zusammenarbeit mit Rechten ab.

Wir rufen dazu auf, die Linkspartei.PDS zu wählen. Die Unterschiede müssen zurück stehen, um für eine starke Opposition im Bundestag zu sorgen.



Die »guten alten Zeiten« im »goldenen Westen«. Demonstration gegen die 60-Stunden im Gesundheitswesen



Wer nach ungefähr einem Jahrzehnt oder länger aus der Schule kommt, fällt meistens in ein **großes Loch**. Ausbildungsplätze gibt es kaum und meistens nicht im gewünschten Beruf. Azubis sind dann oft **billige Arbeitskräfte** anstatt angemessen ausgebildet zu werden. Wer studieren will, steht nicht nur vor der Frage ob der Abschluss reicht sondern bald auch, ob die **Studiengebühren** zu bezahlen sind.

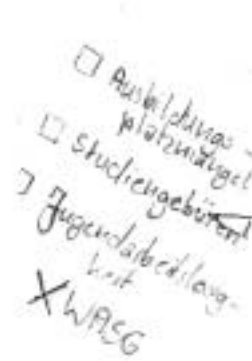
Rot-Grün schrieb sich 1998 das Verbot von Studiengebühren auf die Fahnen. 2002 sollte dieses Gesetz eingeführt werden und scheiterte dabei am Verfassungsgericht. Manche Landesregierungen jubelten. Ob schwarz-gelb, rot-grün oder rot-rot geführt: Der Kampf gegen Studiengebühren geht in eine neue Runde. Die Politiker drohen dabei mit Summen von **500 Euro pro Semester**. Sozial Schwache dürfen sich das Geld zu geringen Zinsen bei privaten Banken leihen, um von der Uni in die Schuldenfalle zu geraten. Die WASG lehnt Studiengebühren grundlegend ab.



Ausbildungsplätze

Laut IG-Metall fehlen 461.190 Lehrstellen. Es gibt dreimal soviel BewerberInnen wie Ausbildungsplätze. Zwölf Prozent der Berliner Jugendlichen sind arbeitslos. Der von der Regierung eingeführte »Ausbildungspakt« (freiwillige Verpflichtung der Arbeitgeber zur Schaffung von

Generation »no future« - Welches Programm für Ausbildung, Bildung und Arbeit?



Lehrstellen) hat die Unternehmer von jeder Verpflichtung fern gehalten.

Die WASG steht für die Umlagefinanzierung und für ein flächendeckendes und breites Angebot an qualitativ guten Ausbildungsplätzen. **Wer nicht ausbildet soll zahlen.**

Ganze Azubijahrgänge werden nicht mehr in ihrem Betrieb übernommen oder dürfen nur in 400 Euro Jobs weiterarbeiten, wie z.B. im Krankenhaus Vivantes in Neukölln.

Oft gelten Azubis als billige Arbeitskräfte und werden auch gerne mal in ausbildungsfremden Tätigkeiten eingesetzt.

Die WASG setzt sich für die Übernahme in den erlernten Beruf und Ausbildungsvergütung ein, die ein selbständiges Leben ermöglicht.

400 Euro Jobs – Ein Euro Jobs

Die meisten Schüler und Studenten jobben nebenbei als **geringfügig Beschäftigte**. Nach dem Abschluss oftmals der einzige Job den man hat. Gerade in Einzelhandel und Gastronomie arbeitet man für 'nen Fünfer die Stunde in ungesicherten Bedingungen und willkürlichen Arbeitszeiten. Wenn man Hartz IV bezieht, darf es auch schon mal der so genannte Ein-Euro-Job sein mit dem man die Woche rumschlägt.

Die WASG setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von 9 Euro

die Stunde und die Abschaffung von Hartz IV ein.

Aktiv werden

Die Pläne von etablierten Parteien schaffen uns keine Zukunft sondern wirtschaften in die Taschen der großen Unternehmen. Um dagegen was zu unternehmen solltest du jetzt an der WASG teilnehmen. Ein Kreuz auf dem Wahlzettel wird nicht reichen, sondern du musst jetzt aktiv werden. Was du tun kannst:

- Mit uns bei Wahlkampfveranstaltungen von Schröder, Merkel und Co. mit Transparenten und Schildern den Bildungs- und Ausbildungsnotstand anprangern;
- Mit uns öffentliche Protestaktionen bei Jobkillern und Betrieben, die Ausbildungsplätze zusammenkürzen, auf die Beine stellen;
- Mitmachen beim »Outing« von Konzernen mit McJobs (durch Unterschriftenlisten, Plakaten, Flugblätter und Pressearbeit);
- in deiner Schule, Uni, Berufsschule oder Gewerkschaftsgruppe Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl organisieren;
- in deiner Schülervertretung, beim AstA und in der Gewerkschaftsjugend die Durchführung von Protest- und Streiktagen einfordern, mit dem für kostenlose Bildung und für Ausbildung und Übernahme für alle demonstriert werden soll;
- WASG-Mitglied werden und eine kämpferische Partei gegen Neoliberalismus und Zukunftsklau mitaufbauen;
- dich an der Jugendarbeit der WASG beteiligen!

Impressum - Kontakt

Hrsg.: WASG Pankow/Bezirksvorstand. ViSdP: Ralf Krämer, 10439 Berlin.
 Kontakt: wasg-pankow@web.de
 Ralf Krämer, ralf.kraemer@wasg-berlin.de, (030) 44 67 52 06
 Antje Zander, antje.zander@wasg-berlin.de, (030) 42 02 32 92
 Treffen: 1. und 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Brotfabrik (Hinterraum), Prenzlauer Promenade 3/Caligariplatz, statt.